

BASISARTIKEL

Volker Teichert/Hans G. Nutzinger

Die Industriegesellschaft in der Umweltkrise

*"Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unserm menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen."*¹⁾

Die Textstelle von Friedrich Engels (1820-1895) zeigt eindrucksvoll, daß die Menschheit schon in früheren Gesellschaftsformationen Raubbau an ihren Naturschätzen betrieben hat und daß diese Tatsache bereits zu Beginn der Industrialisierung bekannt war; im Unterschied zu damals tritt aber heutzutage als Folge dieser Industrialisierung die Umwelt- und Naturzerstörung weitaus drastischer auf.

Fast täglich können wir Meldungen über Umweltkatastrophen in den Medien hören: so z.B. über die Verseuchung des Bodens mit Arsen, über den Smogalarm im Ruhrgebiet, über die Nachwirkungen der Giftgaskatastrophe im indischen Bhopal. Diese Art von Berichterstattung birgt allerdings die Gefahr, daß wir uns noch stärker als bisher allmählich an derartige Sensationsmeldungen gewöhnen, sie für "normal" halten. Obwohl bereits Ende der 70er Jahre anerkannte Wissenschaftler (z.B. im Club of Rome) auf die ökologischen Gefahren durch die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffreserven, die Umweltverschmutzung und die Nahrungsmittelknappheit in den Entwicklungsländern hingewiesen haben (vgl. Meadows 1972), sind national wie auch international umweltpolitische Konsequenzen zunächst einmal unterblieben.

Die staatliche Umweltpolitik in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik wurde erstmals

nach der Wahl der sozialliberalen Koalition von 1969 im Oktober 1971 ein "Umweltprogramm der Bundesregierung" vorgelegt, dessen Leitlinien noch heute gültig sind. Trotz der hohen Priorität, die dem Umweltschutz damals offiziell zugewiesen wurde, wurden in der ersten Legislaturperiode nur wenige umweltpolitische Initiativen verwirklicht. Eine Ursache dafür ist, daß Umweltpolitik in viele Teilbereiche untergliedert ist; sie wird so zu einem "Querschnittsressort", das verschiedene Ministerien betrifft, so daß es nicht selten zu Kompetenzstreitigkeiten kommt. In der zweiten Legislaturperiode wurden dann das Abfallbeseitigungsgesetz (1972), das DDT-Gesetz (1972) und das Bundesimmissionsgesetz (1974) verabschiedet. Seit 1975 wurden schließlich nur noch geringe Erfolge erzielt, denn zahlreiche Vorlagen wurden im Gesetzgebungsprozeß abgeschwächt oder verwässert. Insgesamt ist eine "Politik der kleinen Schritte" betrieben worden. Diese umweltpolitische Linie wird seit dem politischen Wechsel in Bonn anscheinend fortgeführt. Jüngstes Beispiel hierfür ist die auf europäischer Ebene erreichte Entscheidung, nach der erst bis 1994 für alle Neuwagen leicht verschärfte Abgasnormen eingeführt werden. Die jetzt geltenden Umrüstungstermine kommen für den immer schneller sterbenden Wald wahrscheinlich zu spät.

Obwohl ohne Zweifel seit der Verabschiedung des Umweltprogramms 1971 auf gewissen Gebieten, z.B. bei der Abfallbeseitigung und bei der Lärmbelästigung, einige Teilerfolge erzielt wurden, hat sich die Gesamtbelastung der Umwelt ständig fortgesetzt. Ein paar Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland sollen dies unterstreichen:

- Schon 11,8% der gesamten Fläche der Bundesrepublik sind überbaut.
- Jährlich gehen 3,6 Millionen Tonnen Schwefeldioxid und 3 Millionen Tonnen Stickoxide nieder.
- 50% des Waldbestandes sind unheilbar krank, und schon mehr als 8% der landwirtschaftlichen Fläche gelten als vergiftet.
- Es gibt schätzungsweise 50.000 wilde Müllkippen, von denen niemand genau weiß, wo sie liegen und was dort gelagert ist.

- Pro Jahr fallen ca. 27 Millionen Tonnen Sonderabfälle an, die weder durch Verbrennen noch durch Ablagern "schadlos" beseitigt werden können.
- Von den 238 Vogelarten, die in der Bundesrepublik brüten, sind jetzt 30 kurz vor dem Aussterben.
- Für ein Drittel unserer Fischarten gibt es kaum mehr Hoffnung auf Überleben.

Diese wenig positive Umweltbilanz hat vor allem die Ursache, daß nach wie vor Ökonomie eindeutig Vorrang vor der Ökologie hat: Bei wichtigen Investitionsentscheidungen wird bewußt zugunsten von (existierenden) Arbeitsplätzen entschieden, ohne die möglichen Umweltgefahren (oder auch alternative Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Bereichen) mit zu berücksichtigen. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen wurde Umweltschutz mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen gleichgesetzt. Diese "Jobkiller-Hypothese" führte immerhin zu einer Reihe von empirischen Untersuchungen seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, in denen mit unterschiedlichen Methoden die Beschäftigungswirkungen staatlicher und privatwirtschaftlicher Umweltschutzausgaben oder das Arbeitsplatzpotential vorhandener Umweltschutzindustrien untersucht wurden. All diese Studien kamen zu positiven Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes im Umfang von 100.000 bis 350.000 Arbeitsplätzen. Die Umweltschutzaufwendungen des Staates und der Industrie betragen zwischen 1977 und 1981 durchschnittlich 16,5 Milliarden DM pro Jahr, also etwa 1,4% des Bruttosozialprodukts. In anderen Industrienationen sind die Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen um einiges höher: In den Vereinigten Staaten liegt der Anteil bei 2,5%, in Japan ist er sogar noch höher (vgl. Wicke 1982, S. 272). Den Ausgaben stehen nach Schätzungen der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) Wertverluste durch Umweltschäden zwischen 3 und 5% des Bruttosozialprodukts gegenüber; für die Bundesrepublik ist dies etwa das Zwei- bis Vierfache der Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen. Dies deutet auf ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis hin, wenn man einen wirkungsvollen Einsatz dieser "nachsorgenden Umweltpolitik" unterstellt.

Die Grenzen traditioneller kompensatorischer Umweltpolitik

Die marktwirtschaftliche Anpassung an Erfordernisse des Umweltschutzes, nämlich der Aufbau einer zusätzlichen nachsorgenden Umweltschutzindustrie, die entsprechende Ausgleichsleistungen anbietet, ist angesichts des Ausmaßes eingetretener Umweltschäden kurzfristig durchaus notwendig, kann aber das Problem eines "ökologischen Umgangs" von Mensch und Gesellschaft mit ihrer natürlichen Umwelt letztlich nicht lösen. Dies gilt vor allem aus folgenden Gründen:

- *Die Schädigung von Natur und Umwelt durch wirtschaftliche Tätigkeiten kann, wie z.B. beim Aussterben von Tier- und Pflanzenarten oder der Verkarstung von Landstrichen, irreversibel sein. Es lassen sich also nicht alle vom Menschen verursachten Umweltschäden nachträglich beheben.*
- *Soweit eine nachträgliche Schadensbeseitigung doch noch möglich ist, wird diese immer aufwendiger, weil die Beseitigungskosten rascher steigen als das Niveau der Umweltbelastung. Nachsorgender Umweltschutz wird also immer weniger finanzierbar. Dies führt häufig dazu, daß man sich auf einen Ausgleich der sozusagen größten Schäden beschränkt und — nicht zuletzt aus Kostengründen — die Umwelt selbst dort nicht vollständig wiederherstellt, wo dies technisch noch einigermaßen möglich wäre. Damit entstehen langfristige Hypothesen, die durchaus mit der Ausbeutung nicht regenerierbarer Ressourcen zu Lasten künftiger Generationen vergleichbar sind.*
- *Die nachsorgende, kompensatorische Umweltpolitik wird häufig damit begründet, nur aus einem rasch wachsenden Sozialprodukt könnten ohne große soziale Konflikte die Mittel abgezweigt werden, die für den Umweltschutz erforderlich sind. Diesem Argument steht entgegen, daß bei gegebenem Stand der Technik die Umweltbelastung schneller steigt als das Sozialprodukt, und diesem überproportionalen Wachstum von Umweltschäden auf der Entstehungsseite entsprechen nochmals überproportional wachsende Kosten der Schadensbekämpfung. Der negative Gesamteffekt einer forcierten Wachstumspolitik würde also sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts her weit überproportional zunehmen; die Schadensbeseitigung wäre also, soweit überhaupt technisch möglich, auch bald nicht mehr aus einem wach-*

senden Sozialprodukt zu finanzieren.

Aus diesen Überlegungen folgt natürlich auch, daß die positiven Beschäftigungswirkungen nachsorgender Umweltschutzpolitik relativ engen Grenzen unterliegen. Langfristig erfolgversprechender ist allerdings die Entwicklung integrierter Produktionskreisläufe, welche den Schadstoffanfall und die damit einhergehende Umweltbelastung soweit als möglich von vornherein vermeiden.

Langfristig kann eine Volkswirtschaft nie davon profitieren, daß sie ihre natürlichen Lebensgrundlagen untergräbt. Für die praktische Wirtschaftspolitik sind hingegen kurz- und mittelfristige Anpassungsprobleme auf dem Wege zu einer ökologisch verträglichen Langfriststrategie keineswegs irrelevant: Umstrukturierungen der Industrie in Richtung auf geringeren Energie- und Rohstoffverbrauch und geringere Umweltbelastung sind mit kurzfristigen Arbeitsplatzverlusten und verminderten Absatzchancen, d.h. für alle Beteiligten schmerzhaften Anpassungsprozessen, verbunden. Auch die Beseitigung der in der Vergangenheit angehäuften "Altlasten", darf nicht unterschätzt werden. Gleichwohl sollen hier praktische Umsetzungsstrategien nicht diskutiert werden, sondern vielmehr die Konsequenzen einer langfristigen, grundsätzlichen Sichtweise betrachtet werden: Weil eben langfristig eine Volkswirtschaft nicht durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen reicher werden kann, löst sich der häufig behauptete Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie letztlich auf. Die Bedeutung dieser Sichtweise zeigt sich besonders deutlich, wenn wir die Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg in ökologischer Perspektive betrachten.

Die ökologische Antwort darauf sagt folgendes: Die damalige Lösung des Beschäftigungsproblems bestand in der Umsetzung und Eingliederung von Arbeitslosen in neue Beschäftigungsbereiche. Mehr und neue Güter wurden hergestellt, begünstigt durch einen erheblichen Nachholbedarf nach dem Kriege. Anders ausgedrückt: Natürliche und häufig nicht erneuerbare Ressourcen wurden in energieintensive und umweltbelastende Güter transformiert. Das Beschäftigungsproblem wurde sozusagen auf dem Rücken der Natur einer Lösung zugeführt. Bildlich gesprochen kann man sagen: Man hat in dieser Zeit die Rechnung ohne den Wirt gemacht, und die ausgebeutete Natur präsentiert uns heute die Rechnung, deren sichtbarster Ausdruck das rasch fortschreitende Waldsterben ist. Deswegen steht uns heute der Weg einer forcierten Wachstumspolitik nach dem Muster der 50er Jahre nicht mehr offen. Selbst wenn sie kurzfristig möglich

wäre, würde uns diese erneute Ausbeutung der Natur durch Produktion zusätzlicher und neuer Güter nur in die nächste Umweltkrise führen; dies auch deswegen, weil durch die Produktion von Gütern nicht nur Umwelt und natürliche Ressourcen belastet, sondern auch noch die "Entsorgung" der mit diesen Produkten einhergehenden Abfälle notwendig würde.

Die Natur in der ökonomischen Theorie

Die noch immer öffentlich propagierte naturzerstörende Wachstumspolitik basiert nicht nur auf wirtschaftlichen Interessen, sondern auch auf einer unzureichenden Berücksichtigung der Naturproblematik in der ökonomischen Theorie. Bei aller Verschiedenheit in vielen zentralen Fragen sind sich nämlich die herrschenden Richtungen ökonomischen Denkens (Neoklassik, (Post-)Keynesianismus und (Neo-)Marxismus) in einem Punkt sehr ähnlich: Der ökonomische Prozeß wird nicht systematisch als stoffliche Austauschbeziehung zwischen Mensch und Natur begriffen, sondern als eine Wechselbeziehung zwischen Menschen, wobei die natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens im wesentlichen äußere Rahmenbedingungen sind. Obwohl die Ökonomie sich wesentlich als Wissenschaft von der Interdependenz versteht, handelt es sich dabei fast ausnahmslos um Interdependenzen innerhalb eines von den stofflichen Bedingungen des Wirtschaftens weitgehend abgetrennten ökonomischen Prozesses; die Wechselwirkung zwischen Mensch und Umwelt wurde lange Zeit nicht systematisch erfaßt.

Bei den verschiedenen ökonomischen Denkrichtungen läßt sich — grob vereinfacht — letztlich dieselbe Grundvorstellung von den Umweltbedingungen finden: Die Erde erscheint im wesentlichen als Lieferant praktisch unbegrenzt vorhandener oder ständig erneuerbarer Ressourcen, die der Energiegewinnung und der Produktion von Gütern zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen, und als stofflicher Träger der Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) als letztendlich beliebig nutzbar. Natürlich waren den Ökonomen verschiedenster Richtungen physikalische Begrenzungen der Natur nicht unbekannt, und deswegen finden sich auch immer wieder cursorische Verweise auf die Notwendigkeit der Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen. Aber systematisch sind solche Erkenntnisse in den ökonomischen Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts nicht behandelt worden. Lediglich mit dem von Pigou (1920) entwickelten Konzept der "Sozialkosten" wurde das Problem des wirtschaftlichen

Umgangs mit begrenzten natürlichen Ressourcen wenigstens angesprochen. Tatsächlich hat aber, wie Kapp (1979, S. 1ff.) betont, dieses Konzept in der Folgezeit nicht dazu gedient, das Interesse der Ökonomen auf den enormen Umfang dieser Problematik zu lenken; vielmehr hielt man die Abweichung von sozialen und privaten Erträgen nur für eine interessante formale Ergänzung zu einem im wesentlichen harmonischen Gleichgewichtszustand, der hauptsächlich durch ein System freier Märkte von den Individuen bei der Verfolgung ihrer privaten Interessen erreicht werden könnte.

Vereinfacht kann man also sagen, daß — trotz gelegentlicher Einsichten — die Ökonomen verschiedenster Richtungen die Natur als eine Art "Schatzkiste" betrachteten, deren sich die Individuen bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen nach Belieben bedienen können.

Festzuhalten ist also: Lange Zeit wurde Interdependenz nur zwischen Individuen und/oder Organisationen betrachtet, während der Wechselbezug von Reichtumserzeugung durch Güterproduktion und Reichtumsverlust durch Zerstörung von Lebensgrundlagen weitgehend ausgeblendet blieb und jedenfalls nicht systematisch erfaßt wurde.

Anschaulich zeigt sich diese Ausblendung der natürlichen Lebensgrundlagen bei der Bewertung ökonomischer Tätigkeiten mit Hilfe eines zusammengefaßten Güter- und Leistungsmaßes, etwa des Bruttosozialproduktes: Die Steigerung des Wertes der materiellen Produktion einschließlich bestimmter Dienstleistungen erscheint — trotz unterschiedlicher Meßkonzeptionen besonders im Vergleich von Neoklassik und Keynesianismus einerseits und Marxismus andererseits — als eigentliches wirtschaftspolitisches Problem. Den unwiderrufflichen Verbrauch erschöpfbarer Ressourcen schlägt sich darin ebenso als Reichtumsverlust nieder wie die aufwendige, immer nur begrenzt mögliche nachträgliche Korrektur von Umweltschäden. Die Zerstörung von Gebrauchswerten, wie der Abbruch durchaus sanierungsfähiger Gebäude, wird dabei ebenso positiv bewertet wie die Verbauung schöner Landschaften durch monotone Siedlungen. Auf all solche tatsächlichen "Reichtumsverluste" reagiert die Sozialproduktrechnung entweder nicht oder sogar mit falschem Vorzeichen; und selbst in den Fällen, in denen sie tatsächlich eine Einbuße feststellt, geschieht dies häufig zu spät und zu unvollständig, etwa dann, wenn riesige Freizeitzentren nicht im erhofften Umfang von Touristen genutzt werden, weil diesen selbst der Anblick einer verschandelten Landschaft zuwider ist, oder wenn in Belastungsgebieten aus

akutem Anlaß die Produktion gedrosselt werden muß, um die Schadstoffemission zu begrenzen.

Im real existierenden Sozialismus stoßen wir auf ähnliche Probleme: Die kurzfristige Steigerung der materiellen Produktion unter Inkaufnahme langfristiger Schäden ist systematisch in der Planerstellung und der Planerfüllung angelegt. Zum einen sind viele langfristige Effekte heutiger ökonomischer Aktivitäten den Planern gar nicht (hinreichend) bekannt, und selbst dort, wo sie über dieses Wissen verfügen, hat die Beseitigung kurzfristigen Mangels regelmäßig den Vorrang vor einer sinnvollen langfristigen Gestaltung der Produktion. Dasselbe gilt auf der einzelwirtschaftlichen Ebene: Der sozialistische Betrieb, der seinen Plan erfüllt, verhält sich in Sachen Umwelt ganz ähnlich wie sein gewinnmaximierender kapitalistischer Zwillingsbruder: Er versucht, seine Planaufgaben mit möglichst geringem Aufwand zu erfüllen (oder, wegen der Prämie, sogar überzuerfüllen), und dies kann er zumindest leichter erreichen, wenn er möglichst viel Rohstoff und Energie einsetzt und seine Produktion ohne allzu große Rücksicht auf die damit verbundene Belastung der Umweltmedien und der Bevölkerung ausdehnt. So wie privates Gewinnstreben das kapitalistische Unternehmen veranlaßt, Kosten auf die Allgemeinheit und/oder künftige Generationen abzuwälzen — man hat ja tatsächlich lange Zeit die Umwelt praktisch "zum Nulltarif" bezogen —, so hat der plangesteuerte sozialistische Betrieb einen Anreiz, alles zu vermeiden, was ihn an einem hohen Planerfüllungsgrad hindert, also etwa aufwendige Umweltschutzmaßnahmen oder ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie. Auch "weiche Pläne", deren Erfüllung in umweltschonender Weise möglich wäre, verbürgen noch keineswegs die Einhaltung des Umweltziels, wenn man etwa den gewonnenen Freiraum lieber für verminderte Anstrengung nutzt. Weitgehend unabhängig von den Eigentumsverhältnissen und den Lenkungsformen kommt es also bei der Verfolgung solcher Wachstumspolitiken zur Divergenz zwischen einzelwirtschaftlichen und sozialen Kosten der Produktion, in der sich die Fehlerhaftigkeit der verwendeten Zielgrößen (wie Gewinn, Wachstumsrate, Planerfüllung) ausdrückt. Die Fehlsteuerung der Wirtschaftspolitik unter ökologischen Gesichtspunkten ist daher systematisch in den ökonomischen Theorien und Begriffen und den darauf beruhenden wirtschaftspolitischen Strategien aller herrschenden Richtungen angelegt.

Aspekte einer ökologischen Wirtschaftspolitik

Die notwendige Umstellung auf eine öko-

logische Wirtschaftspolitik läßt sich angesichts der eingetretenen Umweltschäden nicht mehr länger verschieben. Bausteine einer derartigen Wirtschaftspolitik könnten sein:

- *Die heutige Konzeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), deren zentrale Größe das Bruttosozialprodukt (BSP) ist, weist erhebliche Mängel auf. Sie erfaßt fast nur Aktivitäten im formellen Sektor (Land- und Forstwirtschaft, verarbeitende Industrie und Handwerk sowie Dienstleistungen und Staat). Die Leistungen des informellen Sektors (u.a. Hausarbeit, do-it-yourself-Aktivitäten, Gartenarbeit, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeiten in kirchlichen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen und Selbsthilfegruppen) werden dagegen nicht oder nur unzureichend in dem BSP berücksichtigt. Darüber hinaus sind auch die quasi-erwerbswirtschaftlichen "Schattenaktivitäten" wie Schwarzarbeit von Berufstätigen und Arbeitslosen, Steuerverhinderung, illegale Leiharbeit und Nebentätigkeiten vielfältiger Art nicht in der Sozialproduktrechnung enthalten.*

Erst vor kurzem gab das Bundesbauministerium bekannt, daß Materialschäden an Bauten und Kulturdenkmälern in Höhe von rund 36 Milliarden DM jährlich durch Verwitterung und Abnutzung, insbesondere aber durch Luftverunreinigungen entstehen. Aber nicht nur diese materialbedingten Umweltschäden, sondern auch die aus der Umwelt- und Naturzerstörung resultierenden Gesundheits-, Fauna-, Flora- und Ressourcenschäden werden in der VGR nicht richtig ausgewiesen. Wie zuvor skizziert, werden sie ja in aller Regel nicht negativ als Umweltschäden verbucht, sondern positiv als zusätzliche Kapital- und Arbeitskosten. Eine ökologisch angepaßte Wirtschaftspolitik ist daher auf weitergehende Informations- und Entscheidungsprojekte jenseits der VGR angewiesen, etwa auf das Öko-Sozialprodukt, die ökologische Buchhaltung und verschiedene soziale Indikatoren.

- *Eine Verkürzung der im formellen Sektor geleisteten Arbeitszeit ist ein Grundelement ökologischer Arbeitspolitik. Arbeitszeitverkürzung führt nicht nur zu einer Umverteilung der vorhandenen Arbeitsmenge, sondern reduziert auch die Verweildauer der Arbeitenden an ihren (meist fremdbestimmten) Arbeitsplätzen. Zudem kann die gewonnene freie Zeit anderweitig, etwa für informelle Aktivitäten, genutzt werden; diese Arbeiten können für den einzelnen viel bedeutsa-*

mer sein und sein Selbstwertgefühl stärken, das innerhalb der Erwerbswirtschaft meist deformiert wird. Vor allem werden sich infolge der veränderten Einstellung zur Arbeit die künftigen Vorstellungen weniger an dem "herrschenden" Arbeitszeitmodell der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung als vielmehr an individuell notwendigen Arbeitszeiten orientieren, die auf die jeweiligen Lebensbedürfnisse des einzelnen zugeschnitten sind. Solche flexiblen Arbeitszeitforderungen müssen aber noch arbeitsrechtlich und tarifvertraglich abgesichert werden, wie dies bei der kollektiven Arbeitszeitverkürzung schon geschehen ist.

- Eine ökologische Orientierung der formellen Arbeit kann nicht ohne oder gegen die Arbeitenden erfolgen, sondern nur mit ihnen. Deswegen sind verbesserte Mitbestimmungsrechte, etwa der Ausbau der §§ 90, 91 des Betriebsverfassungsgesetzes zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit sinnvoll, um den Anbau schädlicher und gefährdender Arbeitsbedingungen rascher als bisher voranzutreiben. Der Ausbau bestehender Regelungen greift allerdings nicht direkt in die Verfügungsgewalt der Unternehmen über Qualität und Quantität der hergestellten Produkte sowie der angewandten Technologie und der Arbeitsorganisation ein. Die Überwindung solcher Barrieren kann nur schrittweise erfolgen:

— Einerseits bedarf es der Sensibilisierung der Arbeitenden für die Art ihrer Produkte. Hier sind gerade die Anstrengungen zur Rüstungskonversion und Umstrukturierung von Krisenbranchen von Interesse.

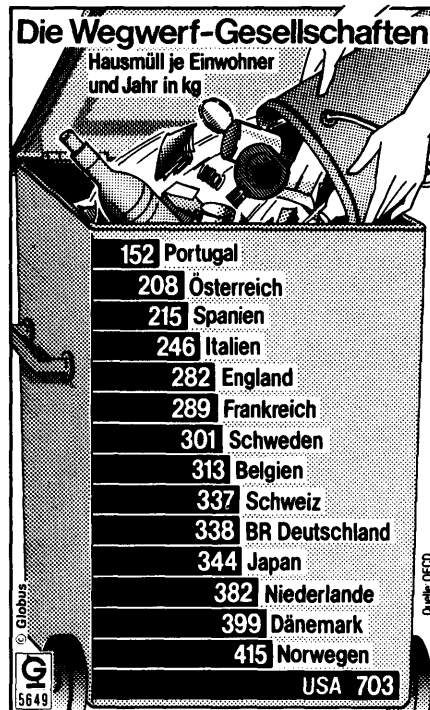
— Andererseits bedarf die Sensibilisierung der Arbeitenden und ihrer Beteiligung an bisher den Unternehmen vorbehaltenen Entscheidungen auch entsprechender gesetzlicher Absicherungen, die einen neuen Anreiz bieten, sich aktiv in das Betriebsgeschehen einzumischen. Zu überlegen wäre etwa, ob nicht versucht werden sollte, die Mitbestimmung am Arbeitsplatz auszuweiten.

- Eine andere Möglichkeit, sich Verfügungsrechte ohne Auseinandersetzung mit der Kapitaleignerseite zu verschaffen, ist der Aufbau eigener Unternehmen: Dieser Weg wurde gerade in den letzten Jahren verstärkt eingeschlagen, indem alternative Betriebe und Projekte gegründet wurden, die sich bewußt von herkömmli-

chen Unternehmen unterscheiden (wollen), und zwar durch kollektive Eigentumsform, Aufhebung der Arbeitsteilung und Selbstverwaltung. Vor allem kurz- und mittelfristig könnten die Alternativbetriebe eine Mittlerfunktion zwischen formellem und informellem Sektor übernehmen, indem sie die Herstellung und den Vertrieb sozial nützlicher Güter vorantreiben. Eine staatliche Subventionierung solcher Projekte läßt sich etwa damit begründen, daß im Gegensatz zu Unternehmen des formellen Sektors, die ihre Subventionen oftmals zum Abbau von Arbeitsplätzen einsetzen, bei Alternativbetrieben in den vergangenen Jahren immer noch Arbeitsplätze geschaffen wurden und werden (vgl. hierzu auch Teichert 1985).

- Generell muß das Verursacherprinzip mehr als bisher an die Stelle des Gemeinlastprinzips für die Beseitigung und Vermeidung von Umweltschäden treten. Wichtig ist dabei, daß der bisher dominierende ideologische Streit um die Wahl des optimalen Instruments ersetzt wird durch den Einsatz der für den jeweiligen Komplex am besten geeigneten Instrumente. Bei großräumiger Verteilung der Schadstoffbelastung empfehlen sich kurzfristig Abgabefösungen, während flexible Kompensationslösungen in Ballungsgebieten nützlich sein können. Auch Änderungen der Haftungsregel — die Beweislastumkehr vom Schädiger zum potentiellen Verursacher — können durchaus zu positiven Vermeidungswirkungen führen.

Diese knappe Skizze einer neuen ökologischen Wirtschaftspolitik ist natürlich kei-



neswegs vollständig. Es handelt sich nur um erste Hinweise für einen veränderten Umgang der Menschen mit ihren natürlichen Lebensbedingungen, Doch für weiterführende Überlegungen und für eine anregende Diskussion über diese Grundfragen dürften sie sicherlich nützlich sein.

Literatur:

Baumgartner, Thomas (1985): "Wer was wie mißt". In: ÖKO-Institut/Projektgruppe ökologische Wirtschaft (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Bausteine für ein ökologisches Wirtschaften, Freiburg: Dreisam, S. 177-203

Bechmann, Arnim (1984): Leben wollen. Anleitung für eine neue Umweltpolitik, Köln: Kiepenheuer & Witsch

Binswanger, Hans Christoph/Frisch, Heinz/Nutzinger, Hans G. u.a. (1983): Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt/Main: S. Fischer

Brunowsky, Ralf-Dieter/Wicke, Lutz (1984): Der Öko-Plan. Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder, München/Zürich: Piper

Deutscher Gewerkschaftsbund (1985): Konzeption zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Düsseldorf

Kapp, K. William (1979): Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Meadows, Dennis L. u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt

Nutzinger, Hans G. (1985): "Die Wachstumskrise als Umweltkrise: Ein ökologischer Interpretationsversuch und eine Lösungsperspektive". In: Dirk Ipsen/Rainer Künzel (Hrsg.): Beiträge zur Erklärung der Wachstumskrise, Regensburg: transfer Verlag

Pigou, Arthur Cecil (1920): The Economics of Welfare, London: Macmillan

Rubik, Frieder (1985): "Das Bruttosozialprodukt als Indikator für Lebensqualität? Kritik und Alternativen. In: ÖKO-Institut/Projektgruppe ökologische Wirtschaft (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Bausteine für ein ökologisches Wirtschaften, Freiburg: Dreisam, S. 145-176

Smith, Adam (1776): The Wealth of Nations. Neudruck (1964) London/ New York: Everyman's Library

Teichert, Volker (1985): "Das Modell der dualen Ökonomie. Möglichkeiten und Grenzen für ökologisch orientiertes Wirtschaften". In: ÖKO-Institut/Projektgruppe ökologische Wirtschaft (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Bausteine für ein ökologisches Wirtschaften, Freiburg: Dreisam, S. 308-336

Wicke, Lutz (1982): Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, München: Vahlen

Anmerkung:

1) Friedrich Engels, Dialektik der Natur (1876), MEW 20, Berlin (Ost) 1973, S. 452f.

Biographische Daten:

Volker Teichert, geb. 1954, Diplom-Volkswirt, M.A. in Erziehungswissenschaften, seit 1981 wissenschaftlicher Angestellter an der Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Montevertstraße 2, 3500 Kassel, Tel. 0561/34045

Hans G. Nutzinger, geb. 1945, Dr. rer. pol. habil., Professor für Theorie öffentlicher und privater Unternehmen an der Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Montevertstraße 2, 3500 Kassel, Tel.: 0561/34045